

## Gerechte Steuerpolitik gegen die Kosten der Krise

von Wolfgang Rhode

Die Wirtschaftslage stabilisiert sich. Wenn die Krise auch noch längst nicht überwunden ist, so wird es doch Zeit, den Blick auf die fiskalischen Kosten zu richten. In der Krise brechen die Steuereinnahmen ein und die Ausgaben steigen. Die Bundesregierung hat der Versuchung widerstanden, diesen Kosten hinterher zu sparen. Das war richtig, die Folgekosten wären ungleich größer gewesen.

Wer trägt die Lasten der Krise? Im Wahlkampf spielt dies erstaunlicherweise keine Rolle. Die meisten Parteien verweigern schlichtweg die Antwort auf die Frage der Finanzierung. Schwarz-Gelb verspricht sogar Steuersenkungen. Doch vor dem Hintergrund der Krisenbewältigung brauchen wir alles in allem höhere Staatseinnahmen! Wachstumsbedingte Mehreinnahmen reichen dabei nicht aus. Die Steuerpolitik ist gefordert.

Heute sind die Beschäftigten der Lastesel der Nation. Bei der Lohn- und Einkommensteuer geht es deshalb darum, die Belastungen gerechter zu verteilen. Durch den Mittelstandbauch steigt die Steuerprogression gerade für untere Einkommen stark an. Mit einer Anhebung des Grundfreibetrages und einem linear-progressiven Tarifverlauf werden untere und mittlere Einkommen entlastet. Durch eine kräftige Erhöhung des Spitzensteuersatzes – der dann aber nicht schon bei einem Einkommen von etwas über 50.000 Euro fällig werden darf – kann eine solche Reform ohne Aufkommensverluste gestaltet werden.

Unternehmen konnten sich in den letzten Jahren der Finanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben immer mehr entziehen. Der Satz der Körperschaftsteuer lag zu Kohls Zeiten bei 45 Prozent, heute beträgt er gerade noch 15 Prozent. Viel Luft also, um auch unter den Bedingungen eines internationalen Steuerwettbewerbs zu-



↳ Wolfgang Rhode ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

Foto: [www.igmetall.de](http://www.igmetall.de)

mindest die letzte Absenkung wieder rückgängig zu machen. Die Besteuerung von Unternehmen ist vor allem eine Besteuerung des Gewinns. Erleiden Unternehmen Verluste, belastet sie die Erhöhung der Steuern kaum, da sie vor allem Verlustvorträge produzieren.

Das Aufkommen vermögensbezogener Steuern beträgt in Deutschland 0,9 Prozent des BIP, weniger als die Hälfte des OECD-Durchschnitts. Die seit 1997 ausgesetzte Vermögensteuer muss in verfassungsgemäßer Form wieder erhoben, die Erbschaftsteuer so reformiert werden, dass sie ein relevantes Aufkommen erzielt und Zins- und Kapitaleinkünfte stärker besteuert werden.

Mit einem solchen Konzept lassen sich Mehreinnahmen von bis zu 60 Mrd. Euro realisieren. Das schafft Spielraum, die Kosten der Krise zu bewältigen und gleichzeitig dringend nötige Zukunftsinvestitionen (Bildung & ökologischer Umbau) zu schultern. DIW-Chef Zimmermann hat gewissermaßen das Gegenmodell in die politische Debatte eingebracht. Die Mehrwertsteuer wird auf 25 Prozent erhöht, der Rest wird durch eine radikale Sparpolitik in den öffentlichen Haushalten aufgebracht.

Eine solche Vorgehensweise bürdet den Opfern der Krise die Kosten auf! Sie führt auch ökonomisch in die Sackgasse. Der private Konsum würde stark belastet, ein Rückschlag der Konjunktur wäre zu erwarten. Die Gewerkschaften werden eine solche Politik gegen die Interessen ihrer Mitglieder nicht widerstandslos hinnehmen. Steuerpolitik ist ein Schlüssel für mehr Gerechtigkeit! ■